

Niederschrift

der 25. Sitzung des Finanz-und Wirtschaftsausschusses Am Mellensee am Dienstag, dem 27.02.2024 in der Gemeinde Am Mellensee, Zossener Straße 21 c, 15838 Am Mellensee

Öffentlicher Teil

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.33 Uhr

Teilnehmer:

Fraktion UWG

Udo Keiler

Fraktion Die Linke

Judith Kruppa

Fraktion SPD

Julia Vogel

Fraktion CDU

Torsten Rarrasch

Fraktion BVB Freie Wähler- 3Punkt0- gemeinsam für Am Mellensee

Dirk Pehnert

Sachkundige Einwohner

Erhard Bischert

Reinhard Frank

Brigitte Meisel

Uwe Hürdler

Entschuldigt:

Unentschuldigt: Christian Hornemann

Geladene Gäste:

Verwaltung:

Tobias Krüger

Bürgermeister

Ulrike Gast

Kämmerin

Carolin Gonschorek

Teamleiterin Ordnungsamt

Hans Hausemann

Mitarbeiter Bauamt

Protokoll:

Karina Rürup

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

01. Eröffnung der Sitzung
02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
03. Änderungsanträge zur Tagesordnung -öffentlicher Teil-
04. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen – öffentlicher Teil -
05. Einwohnerfragestunde
06. Entwurf der Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen
07. Allgemeine Haus- und Benutzungsordnung der Gemeinde Am Mellensee
08. Errichtung von Reisemobilstellplätzen

- 09. Diskussion zur BSV 251/53/2024 – Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Am Mellensee
- 10. Sonstiges
- 11. Informationen und Anfragen

Zu 01. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Keiler begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Zu 02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Keiler stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 5 von 5 Mitglieder anwesend und somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Zu 03. Änderungsanträge zur Tagesordnung -öffentlicher Teil-

Es gibt Änderungsanträge. Frau Gast beantragt den TOP 4 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Niederschrift der letzten Sitzung noch nicht vorliegt.

Herr Keiler beantragt zum TOP 9 das Rederecht für Herrn Freitel. Es wird einstimmig beschlossen.

Zu 04. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen – öffentlicher Teil - TOP gestrichen.

Zu 05. Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin aus Klausdorf, Frau Barthel, möchte gern wissen wieviel Geld der Gemeinde aus dem sog. Brandenburg Paket zur Verfügung steht. Frau Vogel antwortet es waren ca. 10T€. Frau Gast wird die genaue Zahl nachreichen. Sie merkt an, dass es verschiedene Brandenburg Pakete gab, eines für Kindereinrichtungen und eines für erhöhte Energiekosten. Frau Barthel fragt warum man diese Gelder nicht z.B. in LED Straßenlampen investiert und zukünftig weniger Ausgaben zu haben. Frau Gast antwortet, dass im Haushalt 2024 für die Umstellung auf LED Lampen 10T€ eingeplant sind und erklärt weiterhin, dass die Gelder aus dem Brandenburg Paket für den Energieverbrauch an sich sind und nicht für investive Massnahmen eingesetzt werden können. Herr Krüger erklärt, dass es ebenfalls viele bürokratische Hindernisse und bauliche Vorgaben gibt hinsichtlich der Umstellung der Straßenbeleuchtung die beachtet werden müssen und dies daher Schritt für Schritt erfolgen muss.

Frau Barthel möchte wissen, ob es wirklich keinen Weg gibt, um ihre Straße zuerst, noch in diesem Jahr zu „machen“. Herr Keiler stellt die Frage an die Verwaltung, ob es sich hier um eine Reparatur oder einen Neubau der Straße handeln wird. Herr Krüger antwortet, dass hier die Optionen geprüft werden, u.a. die Anschaffung eines Wasserwagens mit Sprühpumpe um die Straße im Sommer zu befeuchten. Sogenannte schnelle Maßnahmen werden geprüft, diese sind jedoch im Vergleich zur Haltbarkeit sehr fragwürdig. Insofern geht er davon aus, dass es eine kostenintensive Maßnahme wird und darauf gehen die Planungen hinaus.

Frau Barthel wirft ein, dass sie das Besprühen der Straße mit Wasser im Sommer unsinnig findet. Herr Krüger stimmt dem zu, erklärt aber, dass es ein Beschluss der Gemeindevertretung sei auch diese Option zu prüfen.

Herr Keiler bittet Frau Barthel um ihre Telefonnummer, die diese dann diktiert.

Herr Pehnert hat folgende Anmerkungen zu den Ausführungen von Frau Barthel: in dem o.g. Beschluss wurde „geeignete Maßnahmen“ geschrieben und nicht Sprühwagen. Außerdem spricht er das Thema „LED“ nochmal an. Der Ortsbeirat Kummersdorf hat auf eigene Kosten eine LED Leuchte mit Solar angeschafft und ein halbes Jahr später stellte die Gemeinde eine

Lampe genau darüber auf, die das Solar-Panel in der Nacht beleuchtet. Er kann den unnötigen Stromverbrauch nicht verstehen.

Zu 06. Entwurf der Haushaltssatzung 2024 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen

Herr Keiler erteilt zunächst Frau Gast das Wort.

Sie sagt, dass alle Anwesenden die Haushaltssatzung erhalten haben sollten und erklärt, dass gestern (26.02.2024) im BSK- Ausschuss die Anregung kam, den Planansatz für die Vergnügungssteuer zu erhöhen. Dies wurde geprüft und von 1000,-€ auf 2000,-€ angepasst.

Um alle Änderungen in der Haushaltssatzung deutlich zu machen wurden allen Teilnehmern der Sitzung ein Ausdruck ausgehändigt. Die Änderungen wurden farblich hervorgehoben. Aufgrund der Sitzung des Kreistags konnte eine Anpassung der Kreisumlage erfolgen, diese ist jetzt nicht mehr mit 43% berechnet, sondern nur noch mit 41%, was für die Gemeinde eine Ersparnis i.H.v. 190T€ bedeutet. Außerdem ist in der vergangenen Woche ein Bescheid bezüglich eines Mehrerlöses eingegangen. Auch diese wurden nachträglich nun mit eingerechnet. Sie erklärt, dass es trotzdem rein rechnerisch momentan keinen ausgeglichenen Haushalt gibt. Dieser kann aber aufgrund der Überschüsse aus den Jahresabschlüssen 2015-2017 ausgeglichen werden. Die Änderungen im Finanzhaushalt sind auf der Tischvorlage ebenfalls hervorgehoben, diese betreffen die Einzahlungen aus der Vergnügungssteuer, des genannten Mehrerlöses und die Auszahlung der Kreisumlage. Gerechnet wurde mit dem aktuellen Kontostand zum 31.12.2023.

Frau Gast erklärt abschließend, dass bei ihr bisher keine Fragen zum Haushalt eingegangen sind. Sie weist darauf hin, dass der Haushalt möglichst in der nächsten Gemeindevertretersitzung beschlossen werden soll, um keine Zeit zu verlieren.

Herr Pehnert fragt nach, woher die 300T€ stammen, Frau Gast erklärt, dass dies Mehrerlöse aus Grundstücksverkäufen der WVM sind. Weiter spricht Herr Pehnert das vorläufige Jahresergebnis 2022 an, welches ein Plus ergibt. Er möchte wissen, wie sich das zusammensetzt und ob noch ergänzende Buchungen zu tätigen sind. Frau Gast erläutert, dass noch viele einzelne Posten zu prüfen sind. Das positive Ergebnis ist natürlich auf Mehreinnahmen zurückzuführen, allerdings fehlen u.a. noch die Buchungen der Abschreibungen und die Auflösung der Sonderposten.

Herr Pehnert möchte wissen wie die verschiedenen Zahlen im Stellenplan als Bestandteil der Haushaltssatzung zustande kommen. Er fragt warum jetzt 126 Stellen aufgeführt sind, während es in 2023 124 Stellen waren und im Plan 2023 129 Stellen. Herr Krüger antwortet, dass er diese prüfen werde. Allerdings kann er sagen, dass es sich zum Einen um die Stelle des Klimamanagers handelt. Es werden auch neue Stelle umgesetzt, Beispiel Gerätewart, dafür sind aber andere Stellen noch unbesetzt.

Frau Kruppa fragt nach, ob der Gerätewart jetzt eine Vollzeitstelle in der Gemeinde ist. Herr Krüger bejaht dies und erklärt, dass diese Stelle mit dem Bauhof geteilt ist.

Herr Pehnert fragt nach den Kosten für die Ehrengalerie. Frau Gast erklärt, dass diese in den allgemeinen Verwaltungskosten enthalten sind.

Weiter fragt Herr Pehnert nach den außerordentlichen Erträgen i.H.v. 565T€ sowie außerordentliche Aufwendungen i.H.v. 100T€, diese ergeben einen Überschuss. Warum steht im Text „der Fehlbetrag kann durch die Rücklagen ausgeglichen werden“? Frau Gast erklärt, dass sich dieser Satz auf den gesamten Haushalt bezieht, nicht auf den Satz davor. Herr Bischert schlägt vor, dass es besser hätte heißen sollen „Der Gesamtfehlbetrag des Ergebnishaushaltes“.

Herr Pehnert findet die Gewerbesteuer im Haushaltsplan zu niedrig angesetzt, da die Tendenz steigend ist. Außerdem spricht er die Gebühren für Ausweise und Reisepässe an. Er wurde mit seinem Sohn weggeschickt, als er für diesen einen Reisepass beantragen wollte. Er müsse diesen am Hauptwohnsitz des Kindes beantragen. Dies sei laut Passgesetz falsch, denn jede Passbehörde sei zuständig für das Ausstellen. Somit ist diese Einnahme der Gemeinde entgangen. Er denkt es könnten durch entsprechende Schulungen noch mehr Einnahmen erzielt werden.

Herr Hürdler spricht seine Anmerkungen zum Haushalt an, hier geht es um das Gemeindehaus in Gadsdorf. Die veranschlagten Gelder – in der Ausgabe 800T€, in der Einnahme 600T€ - kann er nicht verifizieren. Er hatte angeregt hier eine Korrektur vorzunehmen, dies würde den Haushalt entlasten.

Herr Pehnert verlässt um 19.23 Uhr den Raum.

Herr Hürdler möchte nun wissen ob die Gelder aus dem Haushalt 2023 für die Sanierung der Scheune im Rahmen der Ermächtigung in neue Jahr gezogen werden. Frau Gast bejaht dies.

Herr Krüger verlässt um 19.24 Uhr den Raum, da sich eine unbekannte Person im Verwaltungsgebäude befindet. Unmittelbar darauf wird die Sitzung unterbrochen und um 19.28 Uhr fortgeführt. Alle Personen sind wieder anwesend.

Herr Frank möchte wissen, von wem die Vergnügungssteuer hauptsächlich eingezahlt wird. Bekannte Spielautomaten gibt es in der Gemeinde keine. Frau Gast erklärt, dass sich die Vergnügungssteuer nach der Vergnügungssteuersatzung richtet, dort ist festgelegt wer die Steuer für was zu zahlen hat. Anregung im BSK Ausschuss war, dass mehr Veranstaltungen stattfinden werden für die dann Vergnügungssteuer anfallen wird. Für Anregungen, auch eine Änderung der Satzung betreffend ist man jederzeit offen.

Herr Pehnert sagt eine Erhöhung sollte nicht in den Haushalt eingeplant werden, da ja erst die Satzung geändert werden müsste. Frau Gast stellt richtig, dass sich die momentan geplante Erhöhung nur auf die Anzahl der voraussichtlichen Veranstaltungen bezieht.

Herr Pehnert informiert, dass z.B. das Sternenfest einen Konzertcharakter hat und als Kunst eingestuft wurde. Somit kann hier keine Steuer erhoben werden.

Herr Frank zitiert „mit einer wesentlichen Erhöhung der Einnahmen im Bereich der Liegenschaften könnte die Inbetriebnahme einer Photovoltaikanlage in der Gemarkung Rehagen ab dem 01.07.24 in Betrieb gehen.“ Hier möchte er wissen, wie man zu der Annahme kommt, dass zu diesem Datum bereits erste Paneele in Betrieb gehen. Herr Krüger sagt, der theoretisch realistische Zeitpunkt ist abgestimmt mit dem Vorhabenträger. Herr Frank fragt nach dem Abwägungsprotokoll, welches durch die Gremien gehen muss. Er denkt das Datum ist nicht realisierbar.

Herr Frank fragt, bezugnehmend auf die Ausschüttung der E.On, ob es ein Konzessionsvertrag gibt und wie lange dieser noch läuft. Frau Gast bejaht dies und sagt, dass nach ihrem Wissen dort keine zeitliche Begrenzung besteht. Näheres wird sie nachreichen.

Herr Frank spricht die starke Erhöhung der Erstattung an Gemeinden von 164T€ auf 434 T€ an im Vergleich zu 88 freien Plätzen im Hort und in der Kita 28 freien Plätzen. Es scheinen Plätze frei zu sein. Frau Gast begründet die nicht 100%ige Auslastung der Kindereinrichtungen mit Eingewöhnungszeiten. Die Erhöhung der Ausgaben hängt damit zusammen, dass die Kommunen auch für Jahre rückwirkend die Abrechnungen einreichen und auch hier die Kosten gestiegen sind.

Herr Frank gibt zum Thema Steuersätze zu bedenken, dass die Hebesätze zurzeit nicht (erst zum Jahresende) diskutiert und an Landesdurchschnitt angepasst werden müssen, da sich aufgrund der Grundsteuerreform eh vieles ändern wird.

Herr Bischert lobt zunächst die Arbeit der Kämmerin bezüglich der Aufstellung des Haushaltsplanes und empfiehlt die Haushaltssatzung zeitnah so zu beschließen und somit Planungssicherheit zu gewährleisten. Er erwähnt, das vor allem Bezug auf Folgekosten konkrete Zahlen grundsätzlich zeitnah zuzuarbeiten sind. Er weist auch darauf hin, dass zukünftig Kredite aufgenommen werden sollten.

Herr Pehnert, stimmt der Überlegung zu Krediten zu. Desweiteren will er wissen, ob es schon eine Abrechnung des Ruffbusses gibt. Frau Gast wird dies prüfen.

Er stellt außerdem fest, dass in der Tabelle auf Seite 11 die letzte Zeile nicht vollständig abgedruckt ist. Frau Gast erläutert diese und auch die Zusammensetzung dazugehörigen Zahlen bezüglich der Rücklagen. Der ordentliche Fehlbetrag des Jahres 2024 wird zunächst aus dem außerordentlichen Ergebnis von 2024 gedeckt, danach aus dem ordentlichen Ergebnis 2015-2017.

Frau Kruppa bittet um Erläuterung von ordentlichem/ außerordentlichem Ergebnis. Frau Gast und Herr Hürdler erklären dies kurz.

Frau Vogel möchte wissen, wo sie in der Investitionsübersicht die Förderungen sieht. Herr Hürdler zeigt ihr dies kurz am Beispiel des Gemeindehaus Gadsdorf.

Frau Vogel spricht das Thema Entfernung von Bleileitungen bei Trinkwasserleitungen bis 01/2026 an. Warum sind hierfür keine Kosten eingeplant? Herr Krüger merkt hierzu an, dass die Aufstellung dieser sehr aufwendig ist. Desweiteren möchte Frau Vogel wissen, ob es derzeit schon Planungen für Trinkbrunnen gibt. Herr Krüger antwortet, dass dieser Vorgang noch in der Widervorlage ist, da die Kostenspanne hierfür sehr groß ist. Im März gibt es einen Rücklauf zum Thema Hitzeschutzplan, in diesem Kontext wird dann auch noch geprüft.

Frau Vogel fragt, im Hinblick auf die von Frau Barthel eingereichte Kostenschätzung für die Sanierung der Straße Hohe Föhren i.H.v. 68T€, wofür die geplanten 50T€ genau sind. Herr Krüger antwortet für 2024 für Planungsleistungen. Herr Keiler fragt, ob es eine Sanierung oder ein Neubau sein wird.

Herr Krüger sagt, dass Varianten geprüft werden.

Frau Vogel kann die Kosten für vorgehend genannte LED Umstellung nicht im Plan finden, Frau Gast erklärt, dass diese 10T€ unter dem Kostenträger 54101 zu finden sind.

Herr Keiler möchte nochmals eine Erläuterung des Themas Bleileitungen, da er davon ausgeht, dass dies im Zuständigkeitsbereich des Netzbetreibers liegt. Herr Krüger erläutert, dass es sich hier meist um sog. Endstücke handelt und diese sich dann in gemeindeeigenen Gebäuden oder Liegenschaften befinden.

Frau Kruppa möchte wissen, wo sich die Kosten für den papierlosen Sitzungsdienst befinden, Frau Gast erklärt, dass diese unter EDV/ Allgemeine Verwaltungskosten zu finden sind.

Herr Hürdler stellt zusammenfassend nochmal fest, dass voraussichtlich ab nächstem Jahr ein strukturelles Defizit vorliegen wird und gibt deren Konsequenzen zu bedenken.

Herr Frank gibt zu bedenken, dass es sich auch um einen Wirtschaftsförderausschuss handelt und regt an, mehr Wirtschaft in die Gemeinde zu locken um den Haushalt zukünftig stabiler zu halten.

Frau Gast erläutert erneut die Dringlichkeit und hofft, dass der Beschluss des Haushalts bereits in der nächsten Gemeindevertretersitzung vorgelegt werden kann. Die Ortsbeiräte werden bis dahin alle eine Sitzung haben, so dass der Ablauf gewährleistet werden kann.

Herr Keiler lässt abstimmen, ob dem Haushaltsplan mit den besprochenen und noch zu prüfenden und einzuarbeitenden Änderungswünschen entsprochen werden kann. Frau Gast wird diese Änderungen zur GV nochmals in schriftlicher Form vorlegen. Es wird einstimmig zugestimmt.

Zu 07. Allgemeine Haus- und Benutzungsordnung der Gemeinde Am Mellensee

Herr Krüger erläutert, dass die Haus- und Benutzungsordnung ihm eine Grundlage geben soll das Hausrecht auszuüben, insbesondere im Sinne der Neutralität. Nicht um Einnahmen zu generieren oder jemanden auszuschließen. Alle bereits bestehenden Haus- und Benutzungsordnungen werden davon nicht tangiert.

Es werden weiterhin für alle Veranstaltungen die dem öffentlichen Wohle dienen die Räumlichkeiten/ Liegenschaften kostenfrei zur Verfügung stehen.

Herr Pehnert hätte gern eine Übersicht der gemeindeeigenen Objekte und dazu, bestenfalls per Link, die Entgelt- und Benutzungsordnungen der einzelnen Objekte.

Außerdem hätte er gern eine Erläuterung zu dem Passus bezüglich Schließanlage „wenn der daraus resultierende Aufwand nicht außer Verhältnis steht“ bzw. wünscht sich klare Regeln.

Herr Krüger erklärt nochmal, dass dieser Passus die Grenze zum Unzumutbaren ziehen soll.

Herr Pehnert regt an, den Passus der kostenfreien Nutzung der Räumlichkeiten durch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr zu ergänzen um die politischen Vereinigungen, da diese auch eine pflichtige Aufgabe wahrnehmen. Laut Herrn Krüger gehört dies zum öffentlichen Wohl und muss nicht explizit erwähnt werden.

Herr Frank möchte wissen, ob auch Vereine aus anderen Kommunen kostenfrei die Objekte nutzen können. Außerdem möchte er wissen, wie der Absatz „die Benutzenden haben eine Haftpflichtversicherung abzuschließen“ gemeint ist. Herr Krüger erklärt, dass das Risiko bei Schäden beim Benutzer liegt. Zur ersten Frage von Herrn Frank kommentiert er, dass alle Vereine die unserem Zwecke dienen die Objekte nutzen können. Herr Frank möchte wissen, wer die Vorlage einer Haftpflichtversicherung kontrollieren wird. Herr Krüger antwortet, dass dies über das Gebäudemanagement laufen wird, ggf. auch objektbezogen über Ortsvorsteher oder die Feuerwehr.

Herr Rarrasch merkt an, dass bei Privatfeiern der Mieter gesamtschuldnerisch haftet. Der Nachweis über eine Haftpflichtversicherung kann über die Police erfolgen. Ggf. kann auch ein Deckungsnachweis über die Versicherung selbst angefordert werden.

Insofern regt Herr Keiler an, den genauen Wortlaut und der Haus- und Benutzungsordnung zu ändern in „eine Haftpflichtversicherung ist abzuschließen bzw. nachzuweisen.“

Frau Kruppa fragt, ob bei Veranstaltungen der Fraktionen oder der Feuerwehr dies über die Gemeindeversicherung gedeckt ist. Herr Rarrasch erklärt, dass auch dann die private Haftpflichtversicherung der jeweiligen Personen greift. Frau Vogel fragt, wie es sich bei Ortbeiräten verhält. Herr Rarrasch erklärt, dass es sich hier adäquat verhält.

Herr Keiler lässt abstimmen, ob diesem Entwurf, inklusive der besprochenen Änderung im Wortlaut zugestimmt wird. Das Ergebnis ist einstimmig.

Zu 08. Errichtung von Reisemobilstellplätzen

Herr Keiler bedankt sich bei Herrn Hausemann für die Gegenüberstellung der Kostenschätzungen bezüglich der Errichtung von Reisemobilstellplätzen von der Fraktion Die Linke und der Kosten des Jahres 2018 der Stadt Zossen für ein ähnliches Projekt.

Herr Rarrasch spricht die Wichtigkeit der Sache in Bezug auf Wirtschafts- und Tourismusförderung an. Herr Keiler sagt, dass es auch Überlegungen gab die drei Strandbäder ins Boot zu nehmen. Jedoch sind die Kosten diesbezüglich kritisch zu sehen.

Herr Frank sagt, dass der Kostenaufstellung detaillierter zu betrachten ist. Er geht auch auf die Notwendigkeit ein, das Gebiet als Sondernutzung Campingplatz (mehr als 4 Stellplätze) auszuweisen. Er schlägt daher ein Pilotprojekt mit nur 4 Stellplätzen vor.

In Hinsicht auf die ggf. Bereitstellung von Stellplätzen über die Strandbäder schlägt er vor, um Kosten zu sparen, eine zentrale Ver- und Entsorgungsstelle für Frisch- und Grauwasser sowie für die Toilettenentsorgung bereitzustellen.

Herr Hausemann erläutert seine Zuarbeit vergleichend mit den 8 Stellplätzen in Wünsdorf insbesondere in Zusammenhang der Gewichtsbelastung, da viele Reisemobile zusätzliche Lasten haben. Außerdem spricht er über die Kosten der Versorgungssäulen, die Wichtigkeit eines Zaunes und der Videoüberwachung im Hinblick auf Vandalismus und Zahlungsbetrug.

Frau Meisel möchte wissen, wie die Entsorgung in Wünsdorf erfolgt. Herr Hausemann erklärt, dass es dort eine direkte Entsorgungsstelle vor Ort gibt.

Frau Meisel möchte wissen, ob er sich auch über die Einnahmen dort informiert hat. Herr Hausemann verneint dies. Herr Hausemann wird versuchen, diese Informationen zu erhalten.

Herr Pehnert sagt, dass aufgrund der möglichen Förderung das Projekt auf jeden Fall weiterverfolgt werden sollte. Herr Keiler informiert, dass Frau Möller (LEADER) bei Ausschusssitzung zu Besuch sein wird und zu den Fördermöglichkeiten befragt werden sollte.

Herr Frank spricht nochmal die Tragfähigkeit des Untergrundes an. Mit 3,5t würden ca. 80% der Reisemobile abgedeckt werden, ist dann die Untergrundverdichtung wirklich notwendig. Herr Keiler merkt an, dass dann die wenigen schwereren Fahrzeuge u.U. trotzdem den Untergrund zerstören und sagt, dass diese Kosteneinsparung nicht im Verhältnis stünde. Auch Herr Krüger stimmt zu, dass tendenziell die Fahrzeuge eher größer und schwerer werden.

Herr Hürdler hat eine mögliche Einnahme i.H.v. 15,-€ pro Nacht hochgerechnet auf 1 Jahr (ca. 5.000€) und vergleicht diese mit der Perspektive der nächsten Haushaltsplanungen. Er gibt zu bedenken, dass bei einem möglichen aufzustellenden Haushaltssicherungskonzept diese freiwilligen Leistungen, zu denen Reisemobilstellplätze gehören, auf den Prüfstand gestellt werden. Insofern ist zu überlegen, ob weiter ein hoher Arbeitsaufwand hineingesteckt werden soll.

Frau Kruppa sagt, dass mehr überlegt werden sollte, wie sich die Gemeinde auch wirtschaftlich betätigen könnte. Es sollten Konzepte vorbereitet werden um bei möglichen Fördermittelprogrammen reagieren zu können. In Bezug auf die Reisemobilstellplätze sollte man prüfen ob z.B. in Verbindung mit dem Wasserwanderrastplatz auch Synergien geschaffen werden können.

Herr Rarrasch merkt an, dass bei der Möglichkeit einer ggf. 90%igen Förderung die Kosten für die Gemeinde verhältnismäßig gering sind, auch verglichen mit den möglichen Einnahmen. Desweiteren würde dies den Tourismus fördern und auch weiteren Einnahmen z.B. in der Gastronomie fördern.

Frau Vogel bittet nochmal darum Fragen für den Termin mit Frau Möller zu sammeln und konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Hürdler gibt zu bedenken, dass Projekte, zu denen Förderungen beantragt werden sollen, auch im Haushaltsplan verankert sein müssen.

Herr Krüger weist nochmal auf viele noch nicht abgearbeitete Projekte hin.

Herr Pehnert schlägt vor, zu der Sitzung mit Frau Möller auch die Vereine mit einzuladen.

Frau Kruppa fragt ob zur April-Sitzung die Prüfung erfolgt sein kann, ob eine Verbindung mit dem Wasserwanderrastplatz hergestellt werden kann um dann die Empfehlung zur Beschlussvorlage zu geben. Herr Krüger kann den genauen Zeitraum noch nicht nennen.

Zu 09. Diskussion zur BSV 251/53/2024 – Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Am Mellensee

Herr Pehnert bedankt sich für die vorliegenden Unterlagen und die aus der letzten Sitzung aufgegriffenen Änderungen. Er fragt ob die Dienstanweisung bereits gültig ist, da kein Datum vorhanden ist. Herr Krüger erklärt, dass Herr Broshog diese noch unterschrieben hat und sie somit gültig ist.

Herr Pehnert merkt an, dass es bei der zur Verfügung gestellten tabellarischen Gegenüberstellung und der Satzung einen Fehler gibt. Außerdem fragt er nochmal nach, da verschiedene Varianten der Satzung zur Verfügung gestellt wurden, über welche Variante beschlossen werden soll. Er stellt einen Änderungsantrag auf folgenden Zusatz im Beschlusstext. „bei der nächsten Evaluierung dieser Satzung erfolgt eine Einbeziehung der Ortswehrführungen in den Ausarbeitungsprozess“.

Herr Freitel bezieht sich auf seine Stellungnahme, dass bei Einbeziehung aller Ortswehrführer und deren Stellvertreter mindestens 21 Leute ihre Meinungen abgeben können. Laut Gemeindevertreterbeschluss ist die Gemeindewehrführung in die Ausarbeitung der Satzung mit einzubeziehen um die grundsätzlichen Interessen der Feuerwehren zu vertreten. Die Interessen jedes einzelnen Kameraden sind gewahrt.

Herr Krüger weist daraufhin, dass Ortswehrführer ein anderes Aufgabengebiet hat, durchaus jedoch Informationen oder Vorschläge an die Gemeindewehrführung vorbringen kann. Die Bündelung dessen erfolgt jedoch über die Gemeindewehrführung. Insofern bittet er den Änderungsvorschlag zu konkretisieren bezüglich der Berücksichtigung oder Einbeziehung der Meinungen der Ortswehrführer.

Frau Kruppa merkt an, dass mehrere Gemeindevertreter von Ortswehrführern angesprochen worden, die diesen Prozess nicht gutheißen.

Herr Freitel hakt ein, dass in dem Schreiben der Fraktion er persönlich benannt wurde eine Aufstellung zu machen über Material,- Zeiteinsatz usw. Dies sei gelogen. Frau Kruppa verneint

dies und verweist auf die Gemeindevertretersitzung in der darüber gesprochen wurde, dass auch Aufwände und Aufgaben angegeben werden müssen. Herr Freitel erklärt, dass man dies jederzeit den entsprechenden Dienstanweisungen entnehmen kann. Er wehrt sich gegen die Behauptung, diesen Auftrag bekommen zu haben und diesen nicht bearbeitet zu haben. Frau Kruppa fragt warum bei der Entschädigung Unterschiede der verschiedenen Ortwehrführer gemacht wird, bei den Stellvertretern jedoch nicht. Herr Freitel erläutert, dass dies in Zusammenhang mit der Kategorisierung der einzelnen Ortwehren steht. Die Grundbeträge sind für alle gleich, dann wurde der entsprechende Aufwand bezogen auf Einsätze, Einwohner etc. hinzugerechnet.

Herr Krüger bittet darum, dass zu beiden in den Ausschuss eingebrachten Entwürfen (Ursprungsvariante und Variante mit Änderungen aus der letzten Sitzung des FWA) der Satzung ein Votum abgegeben wird.

Herr Rarrasch sagt, bezugnehmend auf die Stärkung des Ehrenamtes, dass die Einführung der Pauschalen für Einsätze sehr gut ist. Gerade insbesondere Kameraden, die sich viel engagieren profitieren davon. Er schlägt vor, die Satzung jetzt zu beschließen.

Herr Pehnert ändert seinen Änderungsantrag wie folgt: „Bei der nächsten Evaluierung der Satzung werden die Anregungen der Ortsehrführung mit abgefragt“.

Herr Keiler liest die gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen UWG und CDU vor. Diese schlagen die Zustimmung zur ersten von der Gemeinde erstellten Satzung vor.

Er bittet aufgrund der geschlossenen Handlungsweise der Satzung zuzustimmen, da diese die Wünsche der Feuerwehr und aller beteiligten Personen widerspiegelt.

Herr Pehnert merkt an, dass dieser Ursprungsvariante nicht zugestimmt werden kann, da hier die gewünschten Änderungen nicht eingetragen sind.

Herr Keiler lässt über die Empfehlung der Satzung für die GV abstimmen.

Für die Variante 1 sprechen sich 2 Mitglieder mit ja aus, 3 mit nein aus. Enthaltungen keine.

Es wird über die zweiten Variante mit dem von Herrn Pehnert eingebrachten Nachsatz abgestimmt. Es stimmen 3 Mitglieder dafür, 1 Mitglied dagegen, 1 Mitglied enthält sich.

Zu 10. Sonstiges

Herr Pehnert regt an, dass das Wort Tourismus zum Ausschuss dazu geschrieben wird. Herr Krüger erklärt, dass die Begrifflichkeit Finanz- und Wirtschaftsausschuss lautet (FWA). Es gibt eine Obergruppe der Aufgabenbezeichnungen, dort wird auch Tourismus mit aufgeführt.

Frau Gast fragt ob es zum Thema Umschuldung der Kommunalkredite Änderungswünsche gibt bezüglich der Abfragen die den Banken gestellt werden sollen.

Zu 11. Informationen und Anfragen

Herr Pehnert möchte wissen wieviele Gebührenbescheide für nichtamtliche Hinweiszeichen in den letzten 24 Monaten erlassen wurden. Diese Hinweiszeichen sind gemäß der Satzung gebührenfrei. Außerdem möchte er wissen ob es die Möglichkeit gibt diese Bescheide rückabzuwickeln.

Frau Kruppa fragt noch ob das Thema Übernachtungspauschale bereits geprüft wurde. Herr Krüger verweist auf die bereits folgte Stellungnahme.

21.30 Uhr, Herr Keiler beschließt die Verlängerung der Sitzung um 15 Minuten und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'P. H. Keiler', is located in the top left corner of the page.

Keiler
Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses